

Stiftung **&** Freiheit & Verantwortung

Was man von ehemaligen Bundesräten lernen kann



a BR Johann Schneider-Ammann
Wie man sich würdig verabschiedet



a BR Kaspar Villiger
Wie man seine Meinung vertritt

Redaktion & Layout
lic. phil. Josef F. Kümín



Verein Gesellschaft
und Kirche wohin?

www.gekiwo.ch

Stiftung **&** Freiheit
& Verantwortung

www.freiheitundverantwortung.ch

PRO  LIBERTATE

www.prolibertate.ch

Denk ich an Brüssel in der Nacht

Von a BR Kaspar Villiger

Die EU hat ein Problem. Der Binnenmarkt darf nicht zum trojanischen Pferd mutieren, das der Zentralisierung immer marktfernerer Bereiche dient.

«Denk ich an Brüssel in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.» Dieser Satz, bei Heinrich Heine abgeschaut und leicht modifiziert, geht mir nicht aus dem Kopf, wenn ich an die Europäische Union denke. Auf den ersten Blick gibt es keinen Grund, sich ihretwegen den Schlaf rauben zu lassen. Sie war bisher ein Erfolgsmodell. Sie schuf auf einem vormals blutgetränkten Kontinent Frieden, sie wandelte Diktaturen in Demokratien um, sie brachte den Menschen mehr Wohlstand, sie erhöhte die soziale Sicherheit, sie verbesserte die Rechtsstaatlichkeit.

Und doch ist der Wurm drin. Das Mitgliedsland mit der zweitgrössten Volkswirtschaft, der besten Armee und der grössten diplomatischen Erfahrung springt ab, Beitrittsgelüste haben ausschliesslich Länder, die ihre eigenen Probleme kaum meistern und nach Brüsseler Manna schielen, tiefe Risse teilen sie in Nord und Süd sowie Ost und West, und der Euro, gedacht als wundersamer politischer Einiger, wirkt nach wie vor als Spaltpilz. Die Brüsseler Führungscrew sieht die Lösung, irgendwie eingesperrt in eine seltsam realitätsferne Blase, in einem forcierten «Weiter so» und erinnert damit an einen Automobilisten, der in bodenlosem Gelände stecken bleibt und, statt besonnen nach einer Verbesserung der Adhäsion seiner Antriebsräder zu suchen, immer mehr Gas gibt und sich damit noch tiefer eingräbt.

Allerdings kann, auch wer der real existierenden EU skeptisch gegenübersteht, nicht ernsthaft deren Zerfall wollen. Die wirtschaftlichen und politischen Kollateralschäden, auch für die Schweiz, wären dramatisch und würden Europa in die Bedeutungslosigkeit zurückwerfen. Es scheint deshalb der Moment gekommen, da

die EU ihre weitere Entwicklung grundsätzlich überdenken sollte, so dornenvoll das auch wäre. Dabei mag vor allem der Schweizer Föderalismus den einen oder anderen nützlichen Impuls vermitteln.

Gegenmodell zur EU

Wer weltläufig und grossräumig denkt, kann sich die Frage stellen, ob es die Schweiz überhaupt brauche. Vielleicht ist ihre Raison d'être die eines politischen Experimentes, das den Beweis liefert, dass auch ein Land ohne den Kitt einer gemeinsamen Sprache, Ethnie und Kultur und mit über einem Drittel Menschen mit Migrationshintergrund eine funktionierende politische Gemeinschaft und – trotz permanenten politischen Zänkereien – ein tragfähiges Wir-Gefühl schaffen kann. Dabei ist die Schweiz eine Art Gegenmodell zur EU. Auch sie ist im Grunde ein künstliches Gebilde, aber sie ist im Gegensatz zur EU nicht top-down, sondern bottom-up konstruiert. Aber weil die Demokratie als Herrschaft des Volkes immer und überall eine starke Bottom-up-Komponente hat, ja haben muss, macht manch ein Europäer darob die Faust im Sack und empfindet den EU-bedingten Souveränitätsverlust seines Heimatlandes als hegemoniale Fremdbestimmung.

Eine zukunftssträchtige strategische Reform der EU könnte in Anlehnung an das Experiment Schweiz vier Elemente umfassen: erstens die Beschränkung auf zentrale Kernaufgaben, kombiniert mit einem wirksamen Schutz der Vielfalt; zweitens die Stärkung der Selbstverantwortung auf allen politischen Ebenen; drittens eine kluge Beschränkung der Personenfreizügigkeit; und viertens die konsequente wirtschaftliche Öffnung für europäische Drittstaaten.

Die Grösse Europas beruht allein auf Vielfalt. Sämtliche grossartigen kulturellen und ideellen europäischen Leistungen entstanden im Wettbewerb zwischen vielfältigen Kultur- und Politikräumen. Die EU schickt sich an, diese Vielfalt zu ersticken.

Obschon sie sich der Beherrschung des Subsidiaritätsprinzips rühmt, steckt Brüssel die politischen Tentakel in immer verzweigtere Politikbereiche. Das hat eine ganze Reihe negativer Wirkungen. Die Kraft des kreativen Wettbewerbs der Systeme erlahmt. Schwache Regierungen delegieren schwierige Probleme noch so gerne nach Brüssel, wo man sich mit Begeisterung ihrer annimmt. Je mehr Brüssel dreinredet, desto einfacher wird es, Brüssel auch die Schuld an allen Missständen in die Schuhe zu schieben.

Die Brüsseler Kompetenzanmassung mindert die politische Substanz, die von den nationalen Parlamenten und Regierungen bewirtschaftet werden kann, und das führt zum erwähnten diffusen Gefühl von Demokratieabbau und hegemonialem Gegängeltwerden. Wer als besorgter Demokrat darob Unmut empfindet, wird politisch sozusagen heimatlos, denn die traditionellen Volksparteien scheint das Problem wenig zu kümmern, und den rechtsnationalen Kräften kann sich ein Demokrat niemals anschliessen. Der Austritt Grossbritanniens aus der EU wird den französisch geprägten Zentralismus und Interventionismus noch stärken und liberal-föderalistische Kräfte weiter schwächen. Deutschland mag das spüren, hat aber nicht die politische Kraft, sich zusammen mit ähnlich denkenden anderen Staaten dagegen aufzulehnen.

Die Lösung des Problems wäre eine Art Viersprung: substanzieller Rückbau der Kompetenzen der EU etwa in den Bereichen Arbeit, Soziales, Landwirtschaft, Gesundheit usw.; Eliminierung aller Doppelzuständigkeiten, weil sie Zentralisierungsbeschleuniger und Verantwortungsverwischer zugleich sind; signifikante Stärkung der Durchsetzungskraft der EU in den zentralen Bereichen gemeinsamer Interessen, etwa Verteidigung, Aussenpolitik, Schutz der Aussengrenzen, Flüchtlingswesen, Sicherung des unentbehrlichen Kerns demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen; und schliesslich – in Anlehnung an Roman Herzogs Idee eines Subsidiaritätsgerichtshofs – der Umbau des Europäischen Gerichtshofs von einem Integrationsbeschleunigungs- zu einem Subsidiaritätssicherungsinstrument. Auch die Erhaltung des Binnenmarktes bleibt als eigentlicher Wohlstandsmotor zentrales

Erfordernis. Allerdings muss er sich auf die marktwirtschaftlichen Kernbereiche konzentrieren und darf nicht wie heute zum Trojanischen Pferd mutieren, das der Zentralisierung immer marktfernerer Bereiche dient.

Paradigmenwechsel

Politiker haben in einer Demokratie den Anreiz, dem realpolitischen Prinzip der geringsten Anstrengung zu folgen. Tiefe Zinsen und Rettungsschirme aller Art haben auf breiter Front zur Vertagung notwendiger, aber schmerzhafter struktureller Anpassungen geführt. Die Gunst der Wähler genießen oft nicht jene, die die Schwierigkeit der Problemlösungen schonungslos benennen und die zur Genesung nötigen Opfer in Aussicht stellen, sondern jene, die mit einfachen Rezepten schmerzlose Heilung versprechen. Solche Fehlanreize können durch institutionelle und strukturelle Massnahmen gemildert werden.

Ein für Politik und Wirtschaft wichtiges Prinzip zur Förderung verantwortlichen Handelns ist die Verbindung von Kompetenz mit Haftung. Es wird durch die Prinzipien der fiskalischen Äquivalenz und des No-Bail-out näherungsweise erfüllt. Ersteres verlangt, dass die Personenkreise, die eine Staatsleistung konzipieren, realisieren und nutzen, auch für die Finanzierung aufkommen müssen, und Letzteres bedeutet, dass einem insolventen Staat weder die Notenbanken noch die Steuerzahler anderer Staaten helfen. Wer selber bezahlen muss, was er anrichtet, und wer weiss, dass ihm im Misserfallsfall niemand beisteht, wird seine Projekte sorgfältiger planen und effizienter gestalten. Erst wenn solche Prinzipien umgesetzt wären, würden die Marktkräfte die Politik wieder disziplinieren. Das würde auch den Euro stützen und die ungeliebten Maastricht-Kriterien überflüssig machen.

Allerdings erforderte ein solcher Paradigmenwechsel neben der Entflechtung und eindeutigen Zuteilung von Aufgaben an die eine oder andere Ebene weitere institutionelle Massnahmen wie klare Insolvenzregeln für Staaten, das Verbot des Kaufs

von Staatsanleihen durch Notenbanken, die Pflicht der Unterlegung von Staatsanleihen mit risikoadäquatem Kapital für Banken und ein EU-weites Finanzausgleichssystem auf der Basis manipulationsresistenter nicht zweckgebundener Zuschüsse.

Es ist ökonomisch unbestritten, dass die Durchsetzung der berühmten vier Grundfreiheiten – freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen – den Wohlstand Europas massiv gefördert hat. Institutionelle Massnahmen haben allerdings häufig unerwünschte Nebenwirkungen. Dies ist bei der Personenfreizügigkeit der Fall. So wissen wir heute, dass Migration, die das Assimilationspotenzial eines Landes überfordert, nicht nur die Solidarität mit den Ankömmlingen untergräbt, sondern auch das Wir-Gefühl und die Solidarität innerhalb der einheimischen Bevölkerung beeinträchtigt. Das ist Gift für eine Demokratie. Mit auch nur bescheidenen Zugeständnissen an die Briten im Bereich der Personenfreizügigkeit wäre der fatale Brexit wahrscheinlich vermeidbar gewesen.

Viele osteuropäische Staaten verlieren qualifizierte einheimische Arbeitskräfte in einem Ausmass, das ihr eigenes Entwicklungspotenzial wahrscheinlich für Jahrzehnte massiv beeinträchtigt. Zudem entsteht ein ökonomisch ineffizienter Teil der Migration, der durch Sozialstaat-Arbitrage getrieben wird. Die EU täte gut daran, die Personenfreizügigkeit zu enttabuisieren und klug einzuschränken, beispielsweise mit Ventilklauseln sowohl bezüglich Ein- als auch Auswanderung. Tut sie das nicht, könnte ihr das Problem eines Tages über den Kopf wachsen. Ökonomisch betrachtet spricht wenig dagegen, denn Ökonomen schätzen, dass über achtzig Prozent der Wohlfahrtsgewinne den anderen drei Freiheiten zu verdanken sind.

Der Preis der Überdehnung

Es ist nicht zu übersehen, dass sich die EU durch die forcierte Übernahme neuer Länder überdehnt hat. Trotzdem offeriert man Problemländern weiterhin den Beitritt. Natürlich ist die Absicht löblich, durch den Beitritt die Entwicklung dieser

Länder zu beschleunigen und damit die Flanke der EU im Balkan zu stabilisieren. Aber wirklich andere zu stabilisieren vermag nur eine EU, die selber stabil ist. Der Preis der eigenen Destabilisierung durch noch weitere Überdehnung wäre zu hoch. Die Lösung kann nur darin liegen, Drittländern – damit natürlich auch Grossbritannien oder der Schweiz – mehr wirtschaftliche Integration ohne politische Integration anzubieten. Das wäre keineswegs ein Geschenk, als das die EU solches beispielsweise im Rahmen der Verhandlungen über die Bilateralen mit der Schweiz immer darstellt, denn der wirtschaftliche und stabilitätspolitische Nutzen wäre für die EU selber mindestens so gross wie für die betroffenen Drittländer.

Die Erfahrung zeigt, dass sich Parlamente und Bürokratien mit Zähnen und Klauen gegen den Verlust einmal errungener Kompetenzen wehren. Das ist in Brüssel nicht anders. Gerade in der EU sind politische Richtungswechsel erfahrungsgemäss besonders schwierig. Deshalb mache ich mir keine Illusionen über die Chancen eines Paradigmenwechsels wie des geschilderten. Daron Acemoglu vom MIT hat aber nachgewiesen, dass oft schon kleine institutionelle Schritte in eine neue strategische Richtung langfristig substantielle Konsequenzen haben können, im Guten wie im Schlechten. Deshalb täte gerade der EU eine breite Diskussion über die wichtigsten staatspolitischen, demokratiepolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen auch jenseits der bisherigen Tabus und Dogmen gut. Um für einmal der deutschen Kanzlerin zu widersprechen: Nichts ist alternativlos!

Kaspar Villiger gehörte von 1989 bis 2003 dem Bundesrat an. Zuletzt von ihm erschienen sind: «Demokratie. Jetzt erst recht!» (2018) und «Die Durcheinanderwelt» (2017), beide bei NZZ Libro.

Die Publikation erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung (erschieden in NZZ, 12.8.2019).

Abschiedsrede vor der Vereinigten Bundesversammlung

Von a BR Johann Schneider - Ammann

Onorevole signora presidente del consiglio nazionale e ell'Assemblea federale
Monsieur le président du Conseil des Etats
Meine Damen und Herren National- und Ständeräte
Monsieur le président de la Confédération
Geschätzte Bundesrats-Kolleginnen und Kollegen,
Herr Bundeskanzler

Wenn Sie mich fragen, was mein Lieblingsmöbel ist, käme mir bestimmt kein Rednerpult in den Sinn. Auch dieses hier nicht.

Aber wissen Sie was? Heute hier zu sprechen, fällt mir schwer und leicht zugleich. Schwer, weil auch Wehmut mitschwingt. Leicht, weil ich zum ersten Mal vor Ihnen stehe, ohne etwas zu wollen. Ich muss nichts durchbringen. Ich brauche keine Stimmen. Und am Schluss gibt es keine roten und grünen Punkte an der Tafel, die über Ja oder Nein entscheiden.

Nein, heute trete ich „nur“ ans Pult, um mich zu verabschieden. Und Ihnen alles Gute zu wünschen. Natürlich besonders den beiden neuen Mitgliedern des Bundesrates, die Sie heute wählen. Denn der heutige Tag ist nicht wegen der Abtretenden so wichtig, sondern wegen der Antretenden.

Permettez-moi cependant de commencer par les remerciements.

D'abord à vous, Mesdames et Messieurs les Conseillers nationaux et les Conseillers aux États. Notre collaboration a été intense. Nous avons défendu nos opinions, convergentes ou non, comme le veut la démocratie. La discussion au Parlement est la dernière étape avant une éventuelle consultation populaire. D'où son importance.

Je souhaite aussi remercier mes collègues du Conseil fédéral. Je suis uni à eux par la volonté de trouver des solutions dans le débat. Des solutions pour lesquelles il

n'y a ni recette simple, ni manière de voir unique. Un collège, c'est un tout, pas un assemblage. Chacun de ses membres porte la responsabilité de l'ensemble des dossiers, et non seulement des siens. C'est pour cette raison que j'ai attaché une si grande importance au travail au sein du Conseil fédéral.

In terzo luogo, ringrazio tutte le collaboratrici, tutti i collaboratori. Nessuno può avere successo, da solo. E questo vale sia per un imprenditore sia per un consigliere federale. Serve una squadra – e io sono orgoglioso della mia squadra.

Und i dankä mirä Familiä. Mini Frou sitzt uf dr' Tribünä. Mini Kindä müäusä schaffä. Sie alli hei mi treit. Ohni si heti nöd chönä Bundesrat si.

Nun, was bleibt und was steht bevor?

Sie alle wissen, wie ich das Amt als Bundesrat interpretiert habe: Arbeiten und Resultate bringen. Resultate mit Blick auf die übernächste Generation. Denn Politik muss einen deutlich weiteren Horizont haben als den Moment.

Ich habe mich stets als Verfechter des Konkreten verstanden, nicht als Publikumsliebbling. Schlagzeilenreiche Nebensachen haben mich weniger interessiert als bodenständige Hauptsachen. Befindlichkeiten weniger als Beharrlichkeit. Ankündigungen weniger als Resultate.

Nun, was ist dieses Konkrete genau, das mir so wichtig war? Es steht auf vier Pfeilern:

Erstens: Dass möglichst alle Arbeit haben, eine Perspektive und einen Lebenssinn. In der Schweiz ist das heute weitgehend so. Das füllt keine Frontseiten. Aber das Gegenteil täte es.

Zweitens: Dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig ist. Dass sie Innovationsweltmeisterin bleibt. Und: Wir haben eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft, die sich auch in schwierigen Passagen immer wieder finden muss. Auch das füllt keine Frontseiten. Aber es ist wichtig. Wichtig für die mehr als 550'000 Unternehmen, und wichtig für die über 5 Millionen Arbeitsplätze.

Damit die Wirtschaft erfolgreich ist und die Menschen Arbeit finden, muss der dritte Pfeiler stark sein: die Bildung und die Forschung. Mir liegt die Berufslehre ebenso am Herzen wie wissenschaftliche Spitzenleistungen. Beides muss dynamisch sein, denn die Welt steht nicht still. Und je schneller sie dreht, desto besser müssen wir sein als alle anderen. Das tönt simpel, ist es aber nicht.

Und viertens muss die Schweiz insgesamt gut dastehen. Das Land und die Leute, die Städter und der Bauernstand, Jung und Alt. Auch das ist heute weitgehend so. Aber es ist nicht selbstverständlich und es ist nicht garantiert. Mit anderen Worten: Hier sind wir gefordert. Hier müssen wir besser werden, flexibler und – da bin ich überzeugt – liberaler. Wir müssen wieder mehr ermöglichen und weniger verbieten. Mehr wagen und weniger regulieren. Mehr auf die Realität schauen und weniger auf Positionen. Mehr auf Reformbedarf und weniger auf Besitzstände. Mehr auf Weltverbundenheit und weniger auf Rückzug.

Souveränität heisst nicht, dass man rückwärts schaut. Souveränität heisst, so zu steuern, dass den langfristigen Interessen des Landes am besten gedient ist. Das stand für mich immer im Vordergrund. Ob in Bern, Brüssel, Peking oder Washington.

Deshalb war ich unentwegt als Handelsreisender für Freihandel unterwegs. Deshalb habe ich im Präsidialjahr überall auf der Welt Kontakte geknüpft. Deshalb habe ich die Digitalisierung weit oben auf die Agenda gesetzt. Deshalb waren mir Berufsbildung und Horizon 2020 so wichtig. Deshalb setze ich mich für eine moderne Landwirtschaft ein.

Natürlich: Nicht alles ist abgeschlossen. Nicht alles gelang. Es gab auch Rückschläge. Politische Arbeit ist nie fertig. Man kann nie zurücktreten, weil alles erledigt ist. Aber man muss ein aufgeräumtes Haus hinterlassen.

Dazu zum Schluss noch drei Gedanken, die mir wichtig sind: Zur Ehrlichkeit in der Politik, zur Rechtzeitigkeit und zum Mut, die Reihen zu schliessen, wenn es darauf ankommt.

Zur Ehrlichkeit in der Politik gehört, das Wichtige so zu benennen, wie es ist – nicht so, wie es einem besser passt. Ehrlichkeit heisst, weder sich noch andere in Illusionen zu wiegen. Und es heisst auch, sich nicht hinter populären Aufregungen des Tages zu verstecken, statt dort zu handeln, wo es wirklich brennt.

Zur Rechtzeitigkeit: Das Gegenteil von rechtzeitig ist, bei unangenehmen Fragen ein bisschen Zeit zu schinden, und noch ein bisschen, bis es zu spät ist. Rechtzeitigkeit entscheidet über Plan oder Tat. Aufschieben mag kurzfristig einfacher sein als handeln. Aber nur wer handelt, kommt nicht zu spät ans Ziel.

Der letzte Satz gilt dem Mut, sich zusammenzutun, wenn Lösungen im Vordergrund stehen und nicht die eigene Profilierung: Über seinen Schatten zu springen ist kein Gesichtsverlust, es kann sogar Grösse sein.

Denn Ehrlichkeit, Rechtzeitigkeit und Mut setzen voraus, dass man das Wohl des Landes vor sein eigenes stellt.

Das sind meine Wünsche an Sie – und das wünsche ich auch der Schweiz, unserem Petit Paradis.

Danke. Merci. Grazie. Grazia fitg

Johann Schneider-Ammann gehörte von 2010 bis 2018 dem Bundesrat an.

Schrift Nr. 25 | Mitgliederbrief Nr. 264

Herausgeber

Stiftung **Freiheit
& Verantwortung**

Geschäftsstelle
Zeughausstrasse 14 B
8853 Lachen
Telefon 055 442 05 15
E-Mail info@fuv.ch
Internet www.fuv.ch



Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
Zeughausstrasse 14 B
8853 Lachen
Telefon 055 442 70 78
E-Mail info@gekiwo.ch
Internet www.gekiwo.ch

Mitherausgeber

PRO  LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3052 Zollikofen
Telefon 031 332 57 84
Internet www.prolibertate.ch

Redaktion & Layout

lic. phil. Josef F. Kümín

Druck

Coloroffset, 3012 Bern

Auflage

9'000 Exemplare

Unterstützung und Gönnerbeiträge

Nutzen Sie unsere Dienstleistungen, unterstützen Sie unsere Ziele und werden Sie Gönner der Stiftung. Melden Sie sich bei der Geschäftsstelle für Ihre Anliegen oder benutzen Sie unser Spendenkonto 50582.24 bei der Raiffeisenbank Kriens (IBAN CH13 8116 5000 0050 5822 4).

Unterstützen Sie unsere Organisationen mit Ihrem Mitmachen oder Ihrer Spende!

VEREIN GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHNIN?

- mit der Platin-Mitgliedschaft (Beitrag 3'000 Fr.)
- mit der Gold-Mitgliedschaft (Beitrag 500 Fr.)
- mit der Silber-Mitgliedschaft (Beitrag 250 Fr.)
- als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- als juristische Person / Firma (Beitrag 200 Fr.)
- als Gönner / Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

STIFTUNG FREIHEIT & VERANTWORTUNG

- als Gönner (Beitrag ab 50 Fr.)
- als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

PRO LIBERTATE

- als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

BROSCHÜREN UND BÜCHER ZUM BESTELLEN:

Bitte senden Sie mir (Alle Preise verstehen sich exkl. Porto und Versandkosten)

- Expl. **Gedanken zum Klimawandel.** Von Walter E. Abegglen. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Energiepolitik am Scheideweg.** Von Dr. Eduard Kiener. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Aussenpolitische Herausforderungen.** Von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Rahmenabkommen Schweiz – EU?** von Carlo Jagmetti. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Wahrheit in den Medien.** Von Eduard Käser und Papst Franziskus. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Oekumen. Betrachtungen zum Klausengebet.** Von G. Locher u. K. Koch. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Testamente.** Von Dr. iur. Alexander Wili. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Sonderfalle Schweiz.** Von Allan Guggenbühl. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Waren unsere Vorfahren gescheiter als wir?** Von Allan Guggenbühl. Broschüre F&V. Preis 7 Fr.
- Expl. **Die Schweiz im 21. Jahrhundert.** Von Franz Muheim. Spezialpreis Stiftung F&V: 10 Fr. (statt 32.90 Fr.)
- Expl. **Wie sich die Schweiz rettete 1939 - 45.** Von Joseph Mächler. Spezialpreis Pro Libertate: 49 Fr. (statt 79 Fr.)
- Expl. **Ernst R. Borer.** Von Sara Arnold-Korf. Spezialpreis Stiftung F&V: 25 Fr. (statt 35 Fr.)
- Expl. **Freier Fels in brauner Brandung.** Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Die Gotteskrieger - die unterschätzte Bedrohung.** Von Dr. Léon S. Gaucher. Preis 8 Fr.
- Expl. **Operationsziel Schweiz.** Div. Autoren. Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Welcher Islam passt zur Schweiz?** Referat Saïda Keller-Messahli. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Christen u. Muslime in einer Demokratie. Geht das?** Spezialpreis Pro Libertate: 24 Fr. (statt 30 Fr.)

Vorname / Name:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Telefon / E-Mail:

Datum:

Unterschrift:



A

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



Stiftung **&** Freiheit
Verantwortung

Geschäftsstelle

Zeughausstrasse 14 B

8853 Lachen